

Junge Kommunalpolitik

Eigeninitiative ist das A und O



Ulrike Westkamp, seit 2004 Bürgermeisterin in Wesel: „Ich helfe gerne dabei, dass Menschen selbstständig und selbstbestimmt leben können.“

rung und Arbeitsplätze stehen im Mittelpunkt meiner Arbeit.

Was verstehst du unter einem wirtschaftsfreundlichem Klima?

Ständigen engen Kontakt mit ansässigen aber auch interessierten Firmen von außen halten. Es ist wichtig, Schwierigkeiten bereits im Vorfeld zu begegnen. Und natürlich müssen wir auch an die „weichen“ Standortfaktoren denken: ausreichende Kindertageseinrichtungen – wir sind dabei, sie zu schaffen –, Spielplätze – wir haben 120 in der Stadt, Angebote für Jugendliche – wir haben 12 Jugendeinrichtungen, usw. usw.

Bist du gerne Bürgermeisterin?

Ja, sehr gerne. Aber ich war auch gerne in meinem früheren Beruf – da habe ich echt etwas aufgegeben, was mir gefallen hat.

In Wesel gibt es unklare Mehrheiten im Rat, wie gehst du damit um?

In einer solchen Konstellation tragen alle Fraktionen Verantwortung. Sie bietet die Chance, gemeinsam die Stadt nach vorn zu bringen. Als Bürgermeisterin suche ich den vertrauensvollen Dialog mit allen politischen Kräften.

Gibt es etwas, was für dich eine besondere Herausforderung stellt?

Ja, das sind die Folgen der demografischen Entwicklung. Dieses Thema konzeptionell anzugehen, anstatt der Entwicklung hinterher zu laufen, das ist für mich die zentrale Herausforderung in den Kommunen. Das fängt bei der Kinderbetreuung an und hört bei den Wohngemeinschaften für ältere Menschen noch lange nicht auf. Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, was wir uns als Staat bzw. Stadt und damit öffentliche Hand überhaupt noch leisten können. Eigeninitiativen zu stützen, Eigenverantwortung zu stärken, das hilft den Menschen mehr, als wenn wir alles für sie bezahlen und sie bevormunden, wie sie zu leben haben.

Was hast du gemacht, bevor du Bürgermeisterin in Wesel geworden bist?

Ich bin gelernte Politologin und Verwaltungswissenschaftlerin. Lange Jahre habe ich bei der Bundesanstalt für Arbeit in verantwortlicher Position gearbeitet. – Im übrigen sehr gerne.

Ist die Umstellung der Bundesanstalt in eine Bundesagentur gelungen, war sie wirklich notwendig?

Die Arbeitsagenturen waren immer wesentlich besser als ihr Ruf. Der jetzt eingeschlagene Weg ist der richtige. Auch das Tempo, mit dem er angegangen wird. Das Thema „Arbeitslosigkeit“ ist nun mal kein Gewinnerthema. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze und diese Tatsache haben nicht die Mitarbeiter/innen in den Agenturen zu verantworten.

Was kann Politik gegen Arbeitslosigkeit tun? Wie siehst du das heute aus der Sicht einer Bürgermeisterin?

Politik kann selber keine oder nur sehr wenige Arbeitsplätze schaffen. Aber sie muss versuchen, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Ein wirtschaftsfreundliches Klima in einer Stadt gehört dazu. Wirtschaftsförde-

juniorsgk: Neugründung in EN Wer, wenn nicht wir, wann, wenn nicht jetzt?



men hat. Neben einem Newsletter-Mailverteiler, wollen die Jusos eine Mentoringprogramm mit erfahrenen Kommunalpolitikerinnen und -politikern auf die Beine stellen und gemeinsam mit der SGK im Ennepe-Ruhr-Kreis ein Seminarangebot erstellen, das auf die Bedürfnisse der jungen Leute zugeschnitten ist. Außerdem bietet die juniorsgk den Interessierten die Möglichkeit, an der Seminarreihe „Management in gesellschaftlichen Gruppen“, die der Unterbezirk anbietet, teilzunehmen.

Auch die Jungsozialisten im Ennepe-Ruhr-Kreis haben im letzten Kommunalwahlkampf dieses Motto umgesetzt und in den neun Städten des Kreises erfolgreich für die Kommunalparlamente kandidiert. Die Gründung einer juniorsgk ist da ein logischer Schluss und ermöglicht eine bessere und intensivere Vernetzung derjenigen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, seien es Ratsmitglieder oder sachkundige Bürgerinnen und Bürger oder auch junge Leute, die abseits der üblichen Parteistruktur Interesse an der Politik vor Ort haben. „Wir bieten damit eine weitere Beteiligungsmöglichkeit für junge Menschen hier im Kreis an, die sich für die Kommunalpolitik interessieren“, so die kommissarische Vorsitzende der Jusos in EN, Ina Blumenthal. Und auch Alexander Bercht, Landesvorsitzender der Jusos NRW, bekräftigte in seinem Grußwort noch einmal die Chancen, die die Vernetzung durch die juniorsgk landesweit bietet.

Rund 30 junge Menschen aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis kamen zu der Auftaktveranstaltung der juniorsgk EN in Hattingen, die sich für die ersten Monate viel vorgenommen-

Ansprechpartner für die juniorsgk in EN:
i.blumenthal@gmx.de
Ansprechpartner für die juniorsgk auf Landesebene:
nicole.sauer.nrw@spd.de

Zitiert: „Die Meinungsforschung beruht auf der irrigen Voraussetzung, dass die Leute überhaupt eine Meinung haben.“ (Toto)

Die rechte Ecke

CDU: Alles Müll oder was?

Ohne jeglichen Anstand wollte die Junge Union in Köln „innovativen Wahlkampf“ führen. Da ihr die mögliche Tolerierung einer rot-grünen Landesregierung in Schleswig-Holstein durch den SSW nicht passte („Minderheitenregierungen sind Müll“), hatte sie ihre Mitglieder und Anhänger aufgerufen, anlässlich des Aktionstages der DHL/Deutsche Post am 25. Februar (deutschlandweit kostenlos Pakete bis zu 20 kg zu versenden), „Ballast“, sprich Müll, an die Partei der dänischen und friesischen Minderheit zu schicken. Auf ihrer Homepage veröffentlichte sie dazu auch einen detaillierten Vorgehensplan. Nach den Ausfällen des CSU-Generalsekretärs passt diese Aktion gut ins Bild.

Dänische Konservative kritisieren deutsche Schwesterpartei

Mit Unverständnis hat der Fraktionsvorsitzende der dänischen Konservativen in der Kopenhagener Volksversammlung, Helge Adam Möller, auf die Kritik der CDU an der neuen Rolle des SSW reagiert. Möller warf der CDU vor, dass sie, wenn sie nur könnte, den SSW sicher zur Mehrheitsbeschaffung „nutzen“ würde. Der SSW verfügt seit mehr als 50 Jahren über vollwertige Mandate im Landtag. Dies war bisher von allen Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag akzeptiert worden. Beobachter warnen nun vor antidänischer Stimmung.

Intranetforum zum Gemeindeverfassungsrecht

Die Gemeindeordnung und alle weiteren Vorschriften für den kommunalen Bereich stehen wieder in der Diskussion. Nach 10 Jahren der Erprobung der „neuen“ Gemeindeordnung und sich wandelnden Bedingungen für die Arbeit in der Kommunalpolitik wollen wir unsere Forderungen für eine zeitgerechte Weiterentwicklung diskutieren und in unserer Landesdelegiertenversammlung am 16. April einen Grundsatbschluss dazu fassen. Um allen Mitgliedern die Gelegenheit zu geben ihre Erfahrungen einzubringen eröffnen wir am 14. März 2005 im Intranet ein Diskussionsforum zum Thema. Dort findet man den Antragsentwurf des Vorstands und kann seine Meinung zum Thema auf einfachste Art beisteuern.

Haltlose Versprechen und unwahre Behauptungen

Als Markenzeichen der bildungspolitischen Diskussion der CDU erweisen sich wieder einmal haltlose Wahlversprechen und eine regelmäßig völlig verzerrte Darstellung der Wirklichkeit. Mit 4.000 Lehrerstellen will die CDU Unterrichtsausfall vermeiden, flächendeckend Ganztagschulen einführen und kleinere Klassen bilden - und das wahrscheinlich in allen der fast 6.800 öffentlichen Schulen mit über 117.000 Klassen.

Schlicht unwahr ist die Behauptung, das Land streiche Lehrerstellen. Insgesamt wurden seit dem Jahr 2000 rund 30.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, darunter 4.100 auf neu geschaffenen Stellen. Durch die Erhöhung der Arbeitszeit für Lehrer wurde weiterhin ein Äquivalent von 4.000 Stellen geschaffen, das über mehr Unterrichtsstunden den Schulen zu Gute kommt.

Die SPD-Landtagsfraktion hat die passenden Antworten auf die durchsichtige Kampagne der CDU unter dem Stichwort „Rettet die Schulen vor der CDU“ im Internet bereitgestellt:

www.spd-fraktion.landtag.nrw.de